

# Vorfrische



# Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Carl Bernhard Reinert. Redakteur (m. Ann. d. Handelslsg.) Carl Meißel, Berlin. Unverf. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Am Dönhofsplatz 5000-5065. die des Fernsprech-Amtes Dönhofsplatz 8000. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkontos Berlin 660.

## Programm der militärischen Räumung.

### Mitteilung an Deutschland.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.  
Paris, 29. Juli.  
Nach einer Mitteilung des „Quotidien“ aus London haben die französische und belgische Delegation ein Programm für die militärische Räumung des Ruhrgebietes ausgearbeitet. Dieser Plan werde der englischen Regierung unterbreitet und auch der deutschen Regierung zugeleitet werden. Es sei wahrscheinlich, daß dieser Plan bei Verhandlungen von Beziehungen mit den deutschen Vertretern in London bilien werde.

### Frankosische Gegenforderungen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.  
London, 29. Juli.  
Es verlautet, daß Belgien seinen von uns getrennt bereits mitgeteilten Vorbehalt bezüglich der Annahme des Kompromisses über die militärische Räumung des Ruhrgebietes in einem persönlichen Brief an Ramsay MacDonald geäußert gemacht hat, dem er gleichzeitig einige Bedenken bezüglich der englischen Aufstellung über die Einleitung an Deutschland aufzählte. Dieser Brief ist gestern Nachmittag durch Mündlich erklärt worden, als Deane und Herriot vor der Zusammenkunft der Delegationsführer bei Ramsay MacDonald eingehend diskutiert haben.

Der Grund der Verhandlungen über diese Frage kam darin zum Ausdruck, daß England hat in Erwartung, daß die deutsche Delegation die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes in London ansprechen wird, die Wiltshiren aufgegeben, in inoffiziellen Besprechungen außerhalb der Konferenz zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ramsay MacDonald hat den Standpunkt der englischen Regierung dahin umschrieben, daß England eine völlige militärische Räumung des Ruhrgebietes bilien sehr wünschen nach völliger Befriedigung der Räumung (wie die einen behaupten) selbst befürworten, (was andere behaupten) selbst erwarten würde. Der nächste Termin für die militärische Räumung wird, berechnet auf Grund der ersten von der Konferenz angenommenen Termine für die Wiltshirenkonferenz, der 15. April 1925 sein müssen. Ramsay MacDonald hat ferner darauf hingewiesen, daß England entschlossen sei, am 10. August 1925 die Räumung Zone gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages zu räumen, und daß es sehr ernste Bedenken gegen eine noch vorläufigere

gehende Wiederbesetzung durch andere alliierte Truppen geltend machen würde. Frankreich und Belgien haben gegenüber dieser englischen Vorhaltung bereits am Sonnabend, als die Premierminister von Portsmouth nach London zurückkehrten, grundsätzlich ihre Zustimmung bekundet. Die militärische Räumung des Ruhrgebietes so rasch wie nur irgend möglich zu vollziehen und bitten in Aussicht gestellt, daß die englische Berlin eine ausführbare Dispositionsbasis bilden werde. Innerhalb der belgischen und französischen Delegation wurde dann Sonntag und Montag ein lebhafter Überland gegen das von den Premierministern grundsätzlich angenommene Kompromiß geltend gemacht, indem Symons bei den Belgiern und Poincaré bei den Franzosen darauf hinwies, daß es unbedingt erforderlich ist, die von England aus aus innerpolitischen Gründen so lebhaft geforderte militärische Räumung des Ruhrgebietes nur dann zu einem festem Termin zuzulassen, wenn es gelingt, dieses Programm so teuer wie möglich zu verkaufen. Die „Times“ weisen heute darauf hin, daß dieser Preis aufsteigend ein recht hoher sein müßte, daß man es sich von englischer Seite überlegen müßte, ob es nicht besser sei, daß die militärische Räumung in dritter Verhandlung zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland geregelt werde. Das Blatt führt fort: Der englische Premierminister ist noch nicht bereit, die Fragen der französischen Sicherheit und der internationalen Schulden auf der Konferenz vorzubringen. Da Frankreich besteht ist, auf diesem Gebiet Kompensation für die militärische Räumung zu verlangen, scheint es zum Teil schwierig, die Frage weiter zu erörtern.

Man darf diese Mitteilung der „Times“ nicht wörtlich nehmen, da die Delegationen Vorbereitungen treffen, um die Erörterung der Sicherheitsfrage hier in London nachdrücklich zu fördern. Die folgenden Gebietsveränderungen sind nach London berufen worden; es wird von englischer Seite bereits angegeben, daß ein Kompromiß über die Beibehaltung französischer und belgischer Eisenbahnen auf dem schiefen-weiß-lichen Eisenbahnen aufzunehmen kann, sobald eine Einigung über die Festsetzung eines Datums für die Vollendung der militärischen Räumung des Ruhrgebietes gefunden worden ist. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß der noch nicht abgeschlossene englisch-französisch-belgische Handel über die militärische Räumung des Ruhrgebietes und die Lösung der Sicherheitsfrage nach der wichtigsten Grund ist, daß die Belangen der ersten von der Regierung der Einleitung an Deutschland abgeben und es den Delegationsführern überlassen hat, diese Einleitung selbständig ergehen zu lassen. (Siehe auch dritte Seite.)

## Kunstwunder!

Von Emil Lind.

Der Kampf um das Befreiungsrecht zwischen der Direktion Götter und der Bühnengesellschaft geht seit der im Entwurf des Bühnen hinaus. Denn die Bühnengesellschaft, deren Vertreter hier vornehmlich sind, fordert für die Götter der Bühne gegen die Vertreter der Bühnengesellschaft.

Unter diesem Kunstwunder (sicher) ist vor einigen Jahren über die bedeutende Ausrüstung unserer Theaterbetriebe. Die Bühnengesellschaft ist in diesen Bühnen (gemeint sind Bühnen und Kassen) nicht ohne weniger Bekanntheit, deren Verzicht hat den allgemeinen Verkehrsbedingungen der Handelwelt anpaßt. Man kann es aus lassen, warum nicht aus Kunst? Manchmal ist Kunst, manchmal gute Qualität. (Was heißt ihr in Europa was aus voraus? sagte mir einmal ein business-Man. „Mit Kunst? Die machen wir uns.“) Reizvoll Kunstgewissen beschwert die Manager, und sogar in weißbärtigen Instituten wie die Metropolitanoper müssen und müßten sich nicht Künstler (mit Inkenntnis auch Künstler) den Bedürfnissen des maß, weit geltenden Vergnügens fügen.

In den angloamerikanischen Ländern, insbesondere in Amerika ist das Theater nur Kunstwerkstätte. Es Wichtigkeit, ja Notwendigkeit folger Kunst, und das ist in Europa weniger geltend werden, aber es müßte genau und schärf getrennt werden, was im Grunde nur die äußeren Hilfsmittel gemeinlich hat. Die Leistungen folger reiblichen Kunstwerke, solcher Kunstwerke sind nicht, müßten in der Presse nicht unter der Bezeichnung „Kunst“, sondern unter im lokalen Teil besprochen werden. Eine glänzende Redebeiträge wird, daß der Oberrath des Reiches durch geschickelt und er in der Bombardierung seiner künstlerischen Persönlichkeit doch etwas vorwärtsgerückt. Denn aber müßte ein ausgeffenes Kunstwerk nach unten kommen, d. h. je geringer der Kunstwert eines Kunstwerks, desto höher die Steuer. Eine Steuer liegt hier da unvorstellbar. Der gefasste Vertrag oder mehr dem künstlerischen Fortschritt dienen.

Nach die Regelung müßte auf Grund des Konzeptionsparagraphe in geeigneten Fall eingreifen. Ein Theater ist eine öffentliche Angelegenheit, ein Kulturwerk. Wenn ein solches in ein Mittel geht die Kultur verkehrt wird, kann das Ministerium für Kultur nicht gleichgültig bleiben. Und diese Gefahr kommt immer näher. Da muß der künstlerische Verfügungsanspruch in rigorosierter Weise geprüft werden. Wenn ein Zusammenstoß mehrerer Willen in Frage kommt, müßte ein solches nur dann stattfinden, wenn die künstlerische Persönlichkeit (ich sage Persönlichkeit, darin liegt auch die Förderung einer Kunstschöpfung, eines bestimmten künstlerischen Willens), wenn die künstlerische Persönlichkeit des Letzten unanfechtbar stark genug und unter allen Umständen bereit ist, die künstlerische Basis der Unternehmungen und damit ihre Anrede auf besonderen Schutz zu sichern.

Es ist wohl Zeit, davon zu sprechen, denn die in den letzten Wochen bekanntgewordene Ausbreitung des smarten Amertums (Weiber Noter und Heng Seltenweg bringen mehr und mehr Theater unter ihre „Kontrolle“, was man hier menschlichen Willen, von einem kulturellen Verantwortungsgefühl geklärt, Schule machen. Auch nach den großen Schäden der Provinz werden die klingen Geschäftskräfte gehen, und bald, wie in Amerika ihre Urteilsbeurteilung auf diesen fällen. Falls es aber auch nicht so weit kommen sollte, Berlin hätte jedenfalls aus Kunsthaus, als Theaterzentrum ausgegliedert, denn die Veränderung der künstlerischen Persönlichkeit würde unannehmlich erfolgen. Die Verantwortlichkeit des Berliner, des deutschen Bühnenwesens, seine Kraft und Stärke, die Quelle seiner Stärke würde verloren, und eines der meisten Gebiete, was eine Kulturbildung glücklicher erhalten werden, dem Wucher preisgegeben. Es ist nicht anders wie Bücher mit hellen Worten, wenn man ohne inneren Beruf, ohne künstlerische Berechtigung eine möglichst hohe Vergütung fremden Kulturbesitzes betreibt. Es ist Zeit, darauf zu achten, daß Mensch und Handlung übereinstimmen, daß nach der Geltung als einem notwendigen Bestandteil des Künstlers gefordert wird, um nicht zu einer Entwürdigung zu kommen, die Kunst und Künstler zum Schaden der Gesamtkultur nur zu einem Objekt des Amertums machen muß.

Die Entwicklung hat diesen Verhältnissen recht gegeben. Der letzte Gegenstand auf dieser Entfaltung hat sich in letzter Zeit zu einem Kampf der Generalität der Deutschen Bühnengesellschaft gegen eine Direktion entwickelt, welche nach deren überlieferten Verhältnissen und ihren Verhältnissen als ein Schulbeispiel des schärfsten Managements angesehen werden muß. Bekanntlich schreibt die Gewerbesteuern (§ 23) die Bedingungen zur Erfüllung eines Theaters vor, aber in so unvollkommenem Maße, daß mit diesem weitmaßigen Gebilde die Behörde in einem mittleren Gebiete allein nicht weiter anpaßbar werden. Es wird deshalb von allen Seiten an einer Reform dieses Verord-

## Die Beilegung des deutsch-russischen Konfliktes.

Wiederherstellung der Handelsvertretung.  
Der diplomatische Konflikt zwischen Deutschland und Rußland der mehrere Monate lang gedauert hat, ist nunmehr beigelegt. In langwierigen Verhandlungen hat man eine Lösung gefunden, die beide Teile befriedigt. Die getroffenen Vereinbarungen sind in einem Protokoll niedergelegt worden, das heute in Warschau in Berlin durch die Außenminister Dr. Stresemann und Herrn Brodowski von der Russischen Botschaft in Berlin unterzeichnet worden ist. Das Protokoll wird morgen im Wortlaut veröffentlicht werden.

Der Konflikt ist, wie erinnerlich, entstanden infolge Streit eines kommunistischen Häufchens in die Räume der russischen Handelsvertretung in der Lindenstraße und eine Hausungung, die daraufhin in der Handelsvertretung von der Polizei eingekerkert wurde. Die Folge des Konfliktes war die Auflösung der russischen Handelsvertretung in Berlin und das Fernbleiben des russischen Botschaftssekretärs, der wenige Tage später zum Kongreß der III. Internationalen nach Moskau fuhr und jeither nicht wieder nach Berlin zurückgekehrt ist. Der wichtigste Inhalt der Vereinbarung, die jetzt getroffen worden ist, geht dahin, daß alle Maßnahmen, die von den Regierungen Deutschlands und Rußlands infolge des Konfliktes getroffen worden sind, wieder rückgängig gemacht werden. Die russische Handelsvertretung in Berlin wird wieder hergestellt, und die von Rußland durch die geforderte Exterritorialität wird nicht gewährt, wenigstens im Prinzip nicht; nur bestimmte Personen, die in der Handelsvertretung arbeiten und die diplomatischen Charakter haben sowie deren Arbeitsräume werden in Zukunft als extraterritorial betrachtet werden. Botschafter Kreskinnik wird in den nächsten Tagen die Beilegung der russischen Botschaft wieder übernehmen.

## Generalfreie in Ost-Oberschlesien

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

we Dresden, 29. Juli.  
Die Schlichterarbeiten in Ost-Oberschlesien haben eine Einigung erbracht. Sämtliche Arbeiterorganisationen haben sich am 20. Juli den Generalfreie angeklagt. Die Arbeitgeber haben sich mit den Einzelarbeitern selbständig erklärt. Die Ursache der Streikproklamation liegt darin, daß durch die Verordnung der polnischen Regierung über die Verlängerung der Arbeitszeit eine unfaire Situation geschaffen ist. Die Verordnung sprach sich nur allgemein für eine Verlängerung aus, ohne jedoch die wirtschaftliche Lage der einzelnen Arbeiterbetriebe zu berücksichtigen. Die Verordnungen sind im Wesentlichen von Angriffen, da mit ihr die Arbeitszeit die Möglichkeit in die Hand bekommen, die veränderten Arbeitsbedingungen auch in den Metallbetrieben einzuführen, obwohl diese unter den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht annehmbar so zu leben haben wie die Eisenhütten.

Am Sonnabend traten alle Arbeiterorganisationen zusammen und beschloßen, die Aufhebung der Verordnung für die Metallbetriebe der Ruhrlandesgebiet bei den Schlichtern, Arbeiter und Arbeitgeber zu fordern. Die Regierung verzögert hierauf, bei den Arbeitgebern zu vermitteln, doch hier die Vermittlung angeht der harten Haltung der Arbeiterorganisationen erfolglos. Daraufhin kam es zu der allgemeinen Erklärung des Streiks.

## Die Neugestaltung der Reichsbahn.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

\* München, 29. Juli.  
Die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich über die Eisenbahngesetze werden, wie mitgeteilt wird, morgen beginnen. Vom Reich kommen dazu der Reichsverkehrsminister Dr. Oscher und der Reichsfinanzminister Dr. Brücker nach München.













